POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE JUNI - JULI 2022 | 18. JAHRGANG



Geschafft! 17.322 Unterschriften für einen Mietendeckel in Potsdam an den Wahlleiter übergeben Der Erfolg des Bürgerbegehrens zeigt, wie hoch der Druck auf dem Potsdamer Mietmarkt ist. Er ist ein wichtiger Beitrag für die weitere Debatte. Der Mietendeckel gehört in den Instrumentenkasten auch kommunaler Unternehmen. Er muss so ausgestaltet sein, dass der notwendige Neubau von Wohnungen nicht über Mieterhöhung für Bestandsmieter:innen finanziert wird. Siehe **Seite 3**



Stolperstein verlegt

DIE LINKE.Babelsberg spendet für den ermordeten Babelsberger Antifaschisten Walter Klausch einen Stolperstein. Außerdem: ein Gastbeitrag von Hans-Joachim Koch über das Menschenrecht auf bezahlbares Wohnen.

SEITE 4



Kitarechtsreform eingefordert

Am 18. Mai demonstrierte DIE LINKE gemeinsam mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e.V., der Diakonie, dem Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg und anderen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege für die überfällige Kitarechtsreform.

SEITE 6



Studie zum Wählerpotenzial der LINKEN

Rund 18 Prozent der Wähler:innen können sich grundsätzlich vorstellen DIE LINKE zu wählen. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wir geben in gekürzter Form ein Interview mit dem Autor der Studie, Dr. Mario Candeias, wieder.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

widmet sich der 29. SVV vom 01. Juni. Themen sind u. a.: Ein Ausblick auf das 2. Halbjahr 2022 in der Parlamentsarbeit/ Dauernutzung der Boots-Tagesliegeplätze/ Sozialorientierter Klimafonds/ mehr Sicherheit für Fahrräder/ Langfristige Betreibung der Inselbühne

SEITEN I – IV

„Tafel Potsdam“ beschließt vorübergehenden, generellen Aufnahmestopp



Mit großem Bedauern und zum ersten Mal in ihrer 30jährigen Geschichte sieht die Tafel Potsdam sich gezwungen, keine neuen Kunden mehr anzunehmen. Die Kapazitäten der Mitarbeiter:innen sind erschöpft und die räumlichen Möglichkeiten ausgeschöpft.

„Diese Entscheidung ist uns sehr schwer gefallen“, sagt Tafelleiterin Imke Eisenblätter. „Aber um das Ganze zu retten, mussten wir diese Notbremse ziehen. Die physische und psychische Überlastung unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch die hohe Nachfrage nach Berechtigungsscheinen und den hohen Lebensmittelumschlag führten bereits zu Unfällen und Ausfällen.“

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat die Tafel Potsdam zusätzlich zu den 1.200 regulären Kunden ca. 1.400 geflüchtete Ukrainer und Ukrainerinnen aufgenommen, also das Angebot der Lebensmittelausgabe mehr als verdoppelt. Zusätzlich hat die Tafel Potsdam auch die Hotels, die Geflüchtete aufgenommen hatten, mit Lebensmitteln unterstützt. Das war eine logistische und physische Herausforderung der ehrenamtlichen Mitarbeiter, die als Notlösung für ein paar Wochen funktionierte, aber keinesfalls als Dauerzustand durchzuhalten ist. Seit Juni 2022 haben ca. 3000 Ukrainer:innen in Potsdam den Hartz IV - Status erlangt. Damit sind sie nach den Tafelstatuten berechtigt, als Tafelkunden aufgenommen zu werden und einmal wöchentlich Lebensmittel abzuholen. Bereits über 300 Ukrainer:innen haben von diesem Recht Gebrauch gemacht und wurden als Kunden bei der Tafel Potsdam aufgenommen.

Doch damit ist die Tafel Potsdam an ihre Kapazitätsgrenzen gekommen. Die Helfer können mehr Kunden nicht bedienen, können mehr Lebensmittel nicht sortieren, aufteilen, ausgeben. Nicht zuletzt sind die Räumlichkeiten in der Drewitzer Straße viel zu beengt, um das Mehr an Lebensmitteln, die langen Warteschlangen und den höheren Kundendurchlauf zu bewältigen. „Hektik, Enge, körperliche Überlastung führen zu Unfällen und Psychostress“, führt Eisenblätter aus. „Hinzu kommt der Umgang mit der Not, der Angst und den sprachlichen Schwierigkeiten mit den Hilfesuchenden. Da fließen schon mal Tränen oder es kommt zu Beschimpfungen aus Verzweiflung.“ Der Vorstand sah sich gezwungen, zum Schutz der Mitarbeiter:innnen und der Kund:innen die Aufnahme neuer Berechtigter zu stoppen.

Die Tafel Potsdam betont, dass dieser generelle Aufnahmestopp sofort aufgehoben wird, wenn die Lage sich wieder entspannt.





Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Roland Gehrmann, Sascha Krämer
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint August

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



ENDSPURT BEIM MIETENDECKEL
BIS ENDE MAI HATTE DAS POTSDAMER BÜRGERBEGEHREN FÜR EINEN MIETENDECKEL ZEIT DIE NOTWENDIGEN UNTERSCHRIFTEN EINZUSAMMELN. AM 1. MAI SAMMELTE U. A. DIE LINKE-STADTVERORDNETE DR. ANJA GÜNTHER UNTERSCHRIFTEN

Begehren für niedrige Mieten

Es ist geschafft! Pünktlich zum 31. Mai haben wir als Teil der Bürgerinitiative für einen Potsdamer Mietendeckel über 17.300 Unterschriften beim Kreiswahlleiter abgegeben. Im nächsten Schritt wird nun deren Gültigkeit geprüft. Etwa 14.500 braucht es, um die geforderten zehn Prozent der Potsdamer Wahlberechtigten zu erreichen. Gemessen an der Fehlerquote vergangener Initiativen ist das ein ausreichender Puffer. Dass diese immense Anzahl an Unterschriften – Corona sei Dank – in gerade mal fünf Monaten effektiver Sammelzeit zusammen gekommen ist, unterstreicht, wie drängend die Probleme auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt sind. Als LINKE machen wir keinen Hehl daraus, dass es eigentlich einen bundesweiten, allgemeinen Mietendeckel braucht. Dennoch haben wir uns der Initiative angeschlossen, um mittels des Begehrens eine Schranke bei der ProPotsdam, unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft einzuziehen. Die ProPotsdam besitzt runde 20 Prozent des Wohnungsbestandes der Stadt und bildet so etwas wie die städtische Reserve auf dem heiß umkämpften Wohnungsmarkt. Ihre Aufgabe sollte es sein, Wohnungen all jenen Potsdamerinnen und Potsdamern zur Verfügung zu stellen, die sich die horrenden Mieten auf dem freien Markt nicht leisten können. Doch die vergangenen Jahre zeichnen ein anderes Bild. Stinknormale Neubauwohnungen werden bei der ProPotsdam für satte 15 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter angeboten. Altmieter:innen sehen sich in regelmäßigen Abständen Mieterhöhungen ausgesetzt. Während der Corona-Pandemie gerät ausgerechnet die städtische Wohnungsbaugesellschaft in die Schlagzeilen, weil sie herzlos Kündigungen ausspricht. Funktionstüchtige Gebäude wie der Staudenhof werden erst jahrelang kaputt gespart, um sie dann dem Erdboden gleich zu machen. Soziales Wohnen geht anders! Ein kommunales Unternehmen, egal ob Krankenhaus, Müllentsorgung oder Wohnungsgeber muss andere Prämissen verfolgen als ein x-beliebiger Wettbewerber. Viel zu sehr generieren sich die Einnahmen der Pro aus ihren stetig steigenden Mieten. Denn natürlich hat auch die Stadt andere Hebel. Eine echte Entlastung der Mietenden und zugleich die Gestaltung der Stadtentwicklung bekommt die ProPotsdam nur unter einen Hut, wenn die Stadtpolitik entsprechende Rahmenbedingungen schafft. Dazu gehören Baulandmodelle, wie sie kürzlich in Marquardt vorgestellt wurden, genauso wie die konsequente Nutzung von Fördermittelprogrammen. Flächen aus dem städtischen Bestand dürfen nicht mehr in Höchstgebotsverfahren vergeben werden. Im Gegenteil: es braucht eine gezielte Erschließung bebauter und unbebauter Grundstücke durch die Stadt. In besonders krassen Fällen wie der Josephinen-Wohnanlage gehört ganz klar auch Enteignung in den Instrumentenkasten. Ein Schritt, der durch die Kenia-Koalition nach wie vor verhindert wird. Bestehende Gebäude dürfen nicht mehr abgerissen werden. Das ist weder ökologisch sinnvoll, noch rechnet es sich bei den explodierenden Baukosten. Und wenn die Kapazitäten im Rathaus für eine echte Wohnungsoffensive nicht reichen, sollten in Zukunft Investoren hingehalten werden und nicht die Mieterinnen und Mieter dieser Stadt!

Steffen Lehnert
Kreisgeschäftsführer
Die Linke. Potsdam

In eigener Sache

Als LINKE leben wir nicht vom großen Geld der Konzerne, sondern von den Ideen, der Tatkraft und Leidenschaft unserer Mitglied. Mächtigstes Organ unserer Partei sind unsere Parteitage und Mitgliederversammlungen. Anstatt hinter verschlossener Tür debattieren wir öffentlich und transparent. Und auch in diesen zweifelsohne schweren Tagen halten wir an unseren Grundprinzipien fest.

Kurz und knapp:

Gesamtmitgliederversammlung DIE LINKE Potsdam

Wann: 18.06., 10-15:30 Uhr

Wo: Leonardo-Da-Vinci-Gesamtschule, Esplanade 3,, 14469 Potsdam, Tram/Bus: Haltestelle Volkspark

Bundesparteitag

Wann: 24.06. 12 Uhr – 26.06. 15 Uhr

Wo: Messe Erfurt und via Livestream unter: **die-linke.de**



FOTO: SASCHA KRÄMER



GEMEINSAMES GEDENKEN VOR DEM HAUS NEUE STRASSE 3



ISABELLE VANDRE EHRT DEN BABELSBERGER KOMMUNISTEN

Stolperstein für Walter Klausch: DIE LINKE. Babelsberg spendet für ermordeten Antifaschisten

Auf Initiative der Geschichtswerkstatt „Rotes Nowawes“ wurde am 19. Mai 2022 vor dem letzten Wohnsitz des jungen Kommunisten Walter Klausch in der damaligen Nowaweser, heutigen Babelsberger Neuen Straße 3, ein Stolperstein zum Gedenken an ihn verlegt. Der Ortsverband Babelsberg der Potsdamer LINKEN hatte die notwendigen Gelder gesammelt und der Stadt gespendet. Fortan kümmert sich die Babelsberger LINKE auch um die Pflege des Gedenksteins.

Friedrich Engels zur Wohnungsfrage

Vor fast 150 Jahren, in den Jahren 1872 und 1873, erschien in dem von der Sozialdemokratie herausgegebenen Wochenblatt „ Volksstaat“ in Leipzig eine Artikelserie von Friedrich Engels „ Zur Wohnungsfrage“. In Auseinandersetzung mit den damals weit verbreiteten kleinbürgerlichen Ansichten Proudhons deckte er die Ursachen für das Elend der breiten Volksmassen und insbesondere für die damalige Wohnungsnot auf. Um ihre Arbeitskraft zu verkaufen, waren die Arbeiter gezwungen, sich in den industriellen Metropolen anzusiedeln. Die Masse des Volkes musste mit einer großen Wohnungsnot, mit hohen Mieten und schlechten, überfüllten und ungesunden Wohnungen leben. Daran änderte sich auch nichts, als von den aufstrebenden Industriekonzernen Betriebswohnungen für die Arbeiter gebaut wurden. Auch das Wohneigentum war zur Ware geworden und damit ein Mittel der Ausbeutung. Grund und Boden wurden zum Spekulationsobjekt. Engels beschreibt das am Beispiel von Paris, wo in dieser Zeit Arbeiterviertel in der Innenstadt niedergerissen wurden, um Prachtstraßen mit extrem teuren Wohnungen und Geschäftshäusern zu errichten. Die ärmeren Schichten wurden an den Rand der Stadt gedrängt. Kommt einem das heute nicht bekannt vor ?

Engels setzte sich auch mit der These Proudhons auseinander, dass man mit dem Kauf von Wohnungen durch die Werktätigen die Wohnungsfrage prinzipiell lösen kann. Abgesehen davon, dass die meisten Arbeiter das dazu nötige Geld nicht hatten, verweist Engels vor allem auf die Probleme beim notwendigen Ortswechsel. Auch die gekaufte Wohnung des Arbeiters würde damit zur Ware und zum Spekulationsobjekt. Mieter in Eigentümer umzuwandeln, sei der Versuch, die Arbeiter zu kleinbürgerlichen Untertanen zu machen. Gekaufte Wohnungen sind keine nachhaltige Lösung, sie erzeugen die gleichen Probleme immer wieder neu. Er resümierte, um der Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen. Das war allerdings in der damaligen Zeit schwer möglich und steht auch heute wohl nicht auf der Tagesordnung. Haben uns die Artikel von Friedrich Engels zur Wohnungsfrage nach fast 150 Jahren dennoch etwas zu sagen?

Ich denke schon, muss es doch ein Grundsatz linker Politik sein, dass in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und Wohnen der Profit nicht der Maßstab sein kann. Wie breit die Zustimmung der Bevölkerung dazu ist, hat übrigens auch das Ergebnis der Volksabstimmung über die Enteignung von Deutsche Wohnen im September 2021 in Berlin gezeigt. Es geht nicht darum, die kleinen Hausbesitzer zu enteignen oder die Wohnungsgenossenschaften zu verteufeln, es geht vor allem darum, private Immobilienkonzerne zu enteignen und die Spekulation mit Grund und Boden sowie mit Wohneigentum zu verhindern. Die internationale Immobilien-Spekulation hat eine Dimension erreicht, die sich Engels noch nicht vorstellen konnte. Wohnungen werden nicht gebaut, um darin zu wohnen, sondern um damit Mehrwert zu erzeugen oder Geld gewinnbringend anzulegen. Da kann es auch mal „nötig sein“ Wohnungen leer stehen zu lassen oder Bauland wegen späterer höherer Rendite zunächst nicht zu nutzen. Auch mit dieser Politik werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Sich, gestützt auf die Erkenntnisse von Friedrich Engels, für das Menschenrecht auf bezahlbares Wohnen einzusetzen, ist heute und in Zukunft eine der zentralen Forderungen der Linken und eines der zentralen Felder der politischen Auseinandersetzung. Dessen sind sich auch die Vertreter des Kapitals bewusst und holen deshalb das „Gespenst“ des Antikommunismus wieder aus der Mottenkiste.

Dr. Hans- Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Juni - Juli 2022

UND TÄGLICH GRÜSST DER KIRCHTURMSTUMPF ...



So ging es in der ersten Jahreshälfte wohl auch den Stadtverordneten, die nicht täglich durch die Breite Straße müssen, in der der nach wie vor eingerüstete Turm der Garnisonkirche inzwischen eine unübersehbare Dominante darstellt. Keine Stadtverordnetenversammlung und kein Hauptausschuss vergingen in diesem Jahr, in der dieser Ort nicht thematisiert wurde. Mit dem Grundsatzbeschluss zum „Forum an der Plantage“ ist ein aus Sicht der LINKEN wichtiger Schritt zur dauerhaften Sicherung des Rechenzentrums endlich getan. Der größte Teil des Weges liegt aber noch vor uns: die Umsetzung des Beschlusses mit der Bewahrung der architektonischen und ebenso der inhaltlich-konzeptionellen Identität des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus. DIE LINKE hat sich mit diesem klaren Schwerpunkt in die Prozesse eingebracht und an diesem Ziel halten wir auch fest. Die rechtliche Prüfung der Rückübertragung des Kirchenschiffgrundstückes sowie die Machbarkeitsstudie zum Haus der Demokratie sind wichtige Voraussetzungen dafür. Im nächsten Schritt gilt es nun, die Mietverträge im Rechenzentrum zu verlängern, um den dort Ansässigen die nötige Sicherheit für die nächsten Jahre zu verschaffen.

Ähnlich intensiv, aber mit weniger konkreten Fortschritten geht es derzeit beim Thema Wohnen voran. Das erfolgreiche Bürgerbegehren für einen Mietendeckel bei der Pro Potsdam zeigt, wie hoch der Druck bei den Mieter:innen ist. Zu Recht fordern sie konkrete Lösungen ein. Diese müssen wir liefern – mit einem denkbar eingeschränkten kommunalen Instrumentenkasten. Bereits lang beschlossene Maßnahmen wie die Erarbeitung der Sozialerhaltungssatzung müssen endlich umgesetzt werden, schlummern aber nach wie vor im Verwaltungsgang. Mit dem Beginn des Ukraine-Krieges und der großen Zahl Geflüchteter verschärft sich diese Problemlage noch einmal erheblich. Eine wohnungspolitische Offensive, die schnell wirkt und vor allem preiswerten Wohnraum schafft, ist deshalb die zentrale politische Aufgabe für die zweite Jahreshälfte. Dabei müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden: die konsequente Nutzung städtischer Flächen für kommunale Wohnungen oder Genossenschaften, geknüpft an klare Bedingungen, der vollständige Stopp des Flächenverkaufs am freien Markt, die Entwicklung von Erbpachtmodellen, die für sozial verantwortlich agierende Bauherren attraktiv sind – und ein Mietendeckel, der einerseits breit und andererseits zielgenau wirkt. Dafür wird DIE LINKE in der Rathaus-Kooperation streiten, mit aller Konsequenz.

Mit der Rücknahme der B-Pläne für den Bau von Sportplätzen in der Waldstadt und am Lerchensteig musste der Sport in der Landeshauptstadt einmal mehr schmerzliche Einschnitte hinnehmen. Das ist umso schwieriger, da in der wachsenden Stadt natürlich auch der Bedarf der Vereine ständig steigt. Das Prinzip „Nicht vor meiner Haustür!“ trägt hier nicht mehr. Die Stadtverordneten sind in der Verantwortung, zügig Lösungen zu finden und vor allem auch durchzusetzen. Die Herausforderungen sind nicht weniger geworden – und erhebliche neue kommen auf uns zu. Die explodierenden Energie-, Mobilitäts- und Lebenshaltungskosten haben schon jetzt erhebliche Auswirkungen auf die soziale Situation in der Stadt. Und wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. DIE LINKE bleibt dran – für ein lebenswertes Potsdam für alle!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Mit auf den Weg...



... bekam der interessierte Zaungast dieser Stadtverordnetenversammlung, dass es innerhalb von Parteien manchmal heftiger zugeht als zwischen ihnen. Der Streit um die Zukunft der Biosphäre hatte schon im Vorfeld der Entscheidung zum Teil bizarre Züge angenommen. Dazu muss man sich vor Augen führen: Vor beinahe zwei Jahren hatten die Stadtverordneten ein Werkstattverfahren auf den Weg gebracht, in dem ein tragfähiges Konzept für die Zukunft dieses einmaligen Lern- und Erlebnisortes erarbeitet werden sollte. Das Ergebnis dieses Verfahrens lag den Stadtverordneten nun zum Beschluss vor – nicht etwa ein Vorschlag des Oberbürgermeisters, wie manch einer vorher glauben zu machen versuchte. Naturgemäß waren nicht alle Stadtverordneten zufrieden mit dem Ergebnis des Verfahrens. Und so kam die ganze Palette auch bereits verworfener Vorschläge im Finale noch einmal auf den Tisch: von der „Kalthalle“ für die sportliche Nutzung über ein weiteres Schwimmbad bis zum Totalabriss. Insbesondere das Agieren des Vorsitzenden der SVV, Pete Heuer, der in seinem Amt ja eigentlich überparteilich leiten soll, nahm manchen wunder. Sehr bewusst seine besondere Position als Vorsitzender ausnutzend hatte er vor der Entscheidung eine regelrechte Pressekampagne inszeniert – ohne dazu ein Mandat der SVV zu haben. Bis in die Sitzung hinein wurde mit Änderungen zu Änderungen zu Änderungen agiert – mit einem Ziel: mit immer neuen Totschlag-Kriterien die Umsetzung des Konzeptes Biosphäre 2.0 zu verhindern. Das hinterließ einen sehr faden Beigeschmack – nicht nur bei mir. Die finale Entscheidung fiel letztlich sehr klar aus – zum Glück für die Biosphäre und ihre zahlreichen Besucher:innen aus Potsdam und aller Welt. Trotzdem bleibt – ähnlich wie bei Garnisonkirche und Rechenzentrum – letztlich die Frage: wenn wir die Ergebnisse von uns selbst auf den Weg gebrachter Beteiligungs- und Werkstattverfahren, die regelmäßig mit erheblichem zeitlichen und finanziellen Aufwand betrieben werden, nicht ernst nehmen, dann könnten wir bei künftigen Grundsatzentscheidungen doch genausogut Strichhölzchen ziehen. Das würde uns Stadtverordneten und den engagierten Potsdamer:innen zwar zuweilen einiges an Lebenszeit sparen, aus meiner Sicht aber nicht zu besseren Entscheidungen führen.

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Frau Beigeordnete, stellen Sie Arbeitsfähigkeit wieder her!



Kleine Anfragen, mündliche Anfragen, Anträge – die Bugwelle unbeantworteter Anfragen bzw. unbearbeiteter Anträge wird lang und länger. Unzufriedenheit macht sich bei zahlreichen Bürgern, Stadtverordneten und auch Trägern breit (mit Ausnahme von zwei, siehe Sozialzentrum). Der Fachbereich 39, Wohnen Arbeit und Integration, klagt seit Jahren von Überforderung, Fachkräftemangel, Unterbesetzung....

Präsentationen im Fachausschuss werden Spitz auf Knopf vorbereitet, im Ausschuss mit wohlfeilen Worten gehalten, begleitet von Empathie des Vortragenden. Nur, konkrete Nachfragen werden mit Verweis auf Bundes- oder Landesvorgaben abgetan oder aber, die erst Pandemie und jetzt Ukraine-Konflikt, müssen als Grundlage für dauerhafte Mehrbelastung der Mitarbeiter herhalten. Selbst bewilligte Anträge auf Leistungen aus dem Budget für Integration können nicht ausgezahlt, geschweige denn der Bewilligungsbescheid an sie verschickt werden, da die dafür zuständigen Mitarbeiter im Ukraine-Einsatz sind. Nicht das mich die geneigte Leserschaft falsch versteht. Hilfe und Unterstützung für Flüchtlinge ist wichtig und auch dringend geboten. Doch die zahlreichen Initiativen sind inzwischen so vernetzt, dass sie kaum noch Stabsstellenunterstützung von Seiten der Potsdamer Verwaltung benötigen. Deswegen, sehr geehrte Frau Beigeordnete, bringen Sie wieder eine arbeitsfähige Grundstruktur in Ihren Fachbereich, um u. a. auch die Arbeitsfähigkeit der ehrenamtlich tätigen Stadtverordneten wieder herstellen zu helfen.

Jana Schulze
Fraktion DIE LINKE.

Fragen und Antworten

Verkehrsflussverbesserung am Leipziger Dreieck

Seit vielen Monaten dauern verschiedene Umbauten der Straßen am Leipziger Dreieck an. Dadurch und durch problematische Einstellung von Ampelphasen gerät der gesamte Straßenverkehr, insbesondere von der Langen Brücke zum Brauhausberg und von der Leipziger Straße zur Langen Brücke regelmäßig zur Staufalle. Über eine so lange Zeit ist die Beeinträchtigung für Tausende Potsdamer ärgerlich.

Was wird die Verwaltung konkret und zeitnah unternehmen, um den Verkehrsfluss am Leipziger Dreieck zu verbessern, fragte der Stadtverordnete Ralf Jäkel. Der Baubeigeordnete erläutert den Zusammenhang von Verkehrsfluss, Baustellenarbeit und Arbeitssicherheit. Er erklärte den Abschluss von Fahrbahnarbeiten bis Mitte Juni 2022. Dann soll es wieder 2 Linksabbiegespuren geben. Dies wird die Situation verbessern. Er bietet dem Fragesteller an, ihm das Steuerprogramm der Lichtsignalanlage in der Leitstelle zu erläutern und Möglichkeiten der Optimierung zu beraten. Er vertritt die Auffassung, dass die LSA-Steuerung gut funktioniert.

Dauernutzung der Boots-Tagesliegeplätze

Alle Jahre wieder liegen in den Sommermonaten am Havelufer – Höhe Mertz-von-Quirnheim-Straße - wochenlang dieselben Boote/ Wohnboote kostenfrei im Stadthafen vor Anker. Die Liegeplätze sind jedoch als Tagesliegeplätze ausgewiesen. Die dauerhafte Nutzung führt immer wieder zu Problemen, beispielsweise bei der Müllentsorgung, aber auch zu Beschwerden wegen Lärmbelästigung durch die Anwohner:innen.

Der Stadtverordnete Sascha Krämer fragte die Verwaltung, wie sichergestellt werden kann, dass die Nutzung tatsächlich als Tagesliegeplatz erfolgt, u.a. um auch die oben beschriebenen Probleme (Müll, Lärm) zu vermeiden?

Die Verwaltung will der Situation von Bootsliegeplätzen am Stadthafen auf den Grund gehen, so Baubeigeordnete Bernd Rubelt, der sich für die Anregungen bedankte.

Sozialorientierter Klimafonds

Der 2022 erstmalig geschaffene kommunale Klimafonds für Klimaumbaumaßnahmen von Potsdamer*innen war wohl ein voller Erfolg – jedenfalls war die von der Stadt Potsdam eingesetzte Summe von 50.000€ innerhalb von wenigen Wochen nach nur 22 Anträgen ausgegeben.

Auf Nachfrage der Linksfraktion musste die Stadt offenlegen, dass im Klimafonds keinerlei soziale Aspekte berücksichtigt werden. Dies sei zu aufwendig und auch nicht in der stadteigenen Förderlinie vorgesehen. Die wenige Anzahl der Förderanträge für die Summe zeigt leider auch, dass v.a. größere Projekte profitierten.

Wir fordern nun, dass der Potsdamer Klimafonds verlängert wird und kontinuierlich läuft - es wäre eine Zumutung, wenn nur wenige Tage im Jahr ein eventueller Zugriff auf diesen Fond bestünde und dieser dann auch nur einzlne Bürger*innen erreicht. Um dabei die ökologische Gerechtigkeit sicherzustellen, müssen auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Ein Modell wäre ein festes quartalsweises Budget, das zwischen den in den 3 Monaten eingegangenen Anträgen aufgeteilt wird (bis zur jeweiligen maximalen Fördersumme). So wird sichergestellt, dass immer alle Anträge berücksichtigt werden, wenn auch bei einer Fülle von Anträgen nicht immer in maximaler Höhe.

Zudem wollen wir einen Teil des Budgets, z. B. 1/3, insbesondere für kleinere Anträge bis 500€ Zuschuss vorsehen.

Einen Antrag dazu werden wir nun für die SVV einreichen.

Der Potsdamer Klimafonds soll neben der Unterstützung des Klimaschutzes vor allem einer steigenden Energiearmut der Potsdamer*innen entgegenwirken. In den letzten Jahren sind die Energiekosten stärker angestiegen als die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, weshalb Zuschüsse für Umbauten oder Anschaffungen den Anstoß zur Umrüstung auf umweltfreundliche Heizungen, e-Bikes etc. bieten können.

Der Anfang ist gemacht, nun zeigt sich, dass beim Klimafonds dringend nachgesteuert werden muss.

Anja Günther und Tina Lange



Beschlossen



EINE BIKEANDRIDEBOX

Mehr Sicherheit für Fahrräder

In vielen Städten gibt es geschlossenen Abstellboxen für Fahrräder z.B. an Bahnhöfen. Darin können Radfahrer ihr Rad wetter- und diebstahlgeschützt einstellen. Die Kosten tragen die Radfahrer über variabel buchbare Gebühren. Weil von außen nicht sichtbar ist, ob ein Rad eingestellt ist oder nicht, sollte sich ein hoher Diebstahlschutz ergeben.

Die gemäß des Antrags der Linksfraktion DS 20/SVV/0209 neu eingerichteten bzw. geplanten Sonderstellplätze für Lastenfahrräder sollen wie alle offiziellen Fahrradabstellplätze mit einer Diebstahlsicherung versehen sein. Gemäß der Aussage der Verwaltung sind keine Diebstahlsicherungsmaßnahmen vorgesehen. Dagegen ist das Diebstahlpotential für Lastenräder sehr hoch. Potsdam gehört deutsch landweit zu den Hochburgen bei Fahrraddiebstählen.

Zur wirksamen Prävention gegen die zunehmenden Fahrraddiebstähle in Potsdam wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen:

· ob und an welchen Orten in der Stadt Abstellboxen für Fahrräder (bikeandridebox) aufgestellt werden können.

· ob und wie die öffentlichen Lastenradstellplätze mit geeigneten Diebstahlsicherungsmaßnahmen und Befestigungsmöglichkeiten auszustatten sind.

· ob durch die Bildung einer Arbeitsgruppe (wie z. B. in Leipzig) städtische Maßnahmen zur Verhinderung von Fahrraddiebstählen befördert werden können.

Langfristige Betreibung der Inselbühne

Eine langfristige Vergabe zur kulturellen Betreibung der Inselbühne ermöglicht sowohl der Stadt zer die gebotene Planungssicherheit, um eine solide Finanzierung und Programmierung der unter Denkmalschutz stehenden Bühne zu gewährleisten.

Darum soll künftig eine langfristige Nutzungsvereinbarung und Bespielung über einen Zeitraum von mindestens drei, längstens fünf Jahren mit einer möglichen Verlängerung- und Ausstiegsoption ausgeschrieben werden.

Dabei soll eine nicht-kommerziellen Nutzung der Bühne bevorzugt werden. Eine angemessene finanzielle Beteiligung der Stadt Potsdam an den Betriebskosten zur Bespielung der Bühne soll das ermöglichen.



Erbbauzinssätze der LHP

Die Erbbaupachtzinssätze der LHP sind von 1995. Angesichts der bundesweiten Entwicklung der Erbbaupachtzinssätze ist davon auszugehen, dass die Erbbauzinssätze der LHP nicht mehr angemessen sind und dringend überarbeitet werden müssen. Darum hat die Fraktion DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragt, die bestehenden Erbbaupachtzinssätze der LHP (für Wohnzwecke, für soziale Zwecke und für Gewerbe) zu überarbeiten.

Dabei ist sicherzustellen, dass soziale und gemeinwohlorientierte Träger sowie Projekte einen Erbbaurechtszins erhalten, der unter dem marktüblichen Zins liegt und damit die Realisierung ihrer Zwecke im Sinne des städtischen Interesses unterstützt wird. Weiterhin soll die Bestellung des Erbbaurechtes bei der Veräußerung bebauter und unbebauter Grundstücke der LHP und ihrer kommunalen Unternehmen, v.a. für den Geschosswohnungsbau, seit Festlegung der aktuellen kommunalen Erbbauzinssätze evaluiert werden.

Es ist im Interesse der Landeshauptstadt Potsdam, möglichst viele Flächen in städtischem Eigentum zu halten. Hierfür bildet eine Grundstücksvergabe auf Basis des Erbbaurechts eine adäquate Grundlage. Gleichzeitig ist zu gewährleisten, dass die Höhe des Erbbaupachtzinses keinen Hinderungsgrund für die Realisierung von sozialem Wohnungsbau und diversen gemeinwohlorientierten Projekten in der LHP darstellt. Der Ansatz der Stadt Köln, einen nutzungsorientierten Verkehrswert als Berechnungsgrundlage für die Ermittlung einer angemessenen Zinshöhe bei Bestellung von Erbbaurechten zu wählen, sollte auch für die LHP geprüft werden.

Uferweg Leipziger Straße

Der Kampf um den Bau eines öffentlichen Uferweges hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße (Foto) nähert sich einem positiven Abschluss. Seit 2012 hat sich die Linksfraktion dafür eingesetzt, gegen Widerstände vom Land und aus dem Rathaus die Voraussetzungen für einen solchen Uferweg zu schaffen. Dabei gab es manchen Rückschlag insbesondere hinsichtlich der Finanzierung dieses Weges. Aber nun wird es endlich konkret. Nachdem im Winterhalbjahr Vorbereitungsarbeiten geleistet wurden, werden jetzt konkrete Bauaufträge vergeben. Es ist also realistisch, dass der Uferweg im nächsten Jahr öffentlich begehbar sein wird. Das ist ein Stück mehr Lebensqualität für alle Potsdamerinnen und Potsdamer sowie für die Gäste der Stadt.



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Überwiesen

Anpassung der Vergabekriterien für den kommunalen Klimafonds

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Vergabe der Mittel des kommunalen Klimafonds („Gezielt Handeln für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung« (Klimaschutzförderprogramm – RL Klima)“) anzupassen. Ziel ist die kontinuierliche Zurverfügungstellung des kommunalen Klimafonds für alle rechtmäßigen Anträge von Bürger*innen, auch wenn dadurch je nach Anzahl der eingegangenen Anträge nicht jede*r Bürger*in immer die maximale Fördersumme bekommt.

Der 2022 erstmalig geschaffene kommunale Klimafonds für Klimaumbaumaßnahmen von Potsdamer*innen war auf den ersten Blick ein voller Erfolg, denn die von der Stadt Potsdam eingesetzte Summe von 50.000€ war innerhalb von wenigen Wochen nach nur 22 Anträgen ausgegeben. Dabei zeigt die geringe Anzahl der Förderanträge leider, dass v.a. größere Projekte profitierten (Luftwärmepumpen mit pauschal 2.000€ oder Zukunftshäuser mit pauschal 3.000€ Förderhöhe). Kleinere Maßnahmen wie E-Bike- oder Lastenradanschaffungen (300 bzw. 500€), die Reparatur von Großgeräten oder Akkus (200 bzw. 250€), Stoffwindeln (75€/Jahr), Steckersolaranlagen (100€), Pflanzprämien etc. hingegen müssen offensichtlich nahezu leer ausgegangen sein, sonst wäre das Budget nicht bereits erschöpft.

Das ist unsozial, da von den größeren Projekten zur Erlangung von Klimaneutralität v.a. gut situierte Potsdamer*innen profitieren – Klimaschutz muss sich aber Jede*r leisten können. Auf Einzelnachfrage von Frau Dr. Günther in der SVV am 04.05.22 ergab sich, dass der Verwaltungsaufwand für die Prüfung sozialer Aspekte zu hoch sei. Der unter 3. genannte Weg ist daher ein sehr einfacher und folgerichtiger Schritt der Anpassung der Budgetvergabe, der den Verwaltungsaufwand nicht erhöht und trotzdem auch kleineren Beiträgen zur Klimaneutralität eine Chance zur Förderung gibt. Damit auch wirklich alle Antragstellenden bedacht werden können ist es notwendig, die Auszahlung so anzupassen, dass die vorhandene Fördersumme X auf alle rechtmäßigen Anträge aufgeteilt wird. Dies bedeutet: Wenn beispielsweise Anträge über 20.000€ für ein Budget von nur 10.000€ in dem Quartal eingegangen sind, dann bekommt jede*r Antragstellende nur die Hälfte der beantragten Fördersumme (z. B. 150€ statt der maximalen 300 für das E-Bike und 1.000€ statt der maximalen 2.000€ für die Luftwärmepumpe). So geht niemand leer aus und die Verteilung der Mittel erfolgt deutlich gerechter. Auch Stiftungen verfahren bei begrenzten Fördermitteln häufig nach so einem Modell. Mit diesen einfachen Mitteln zur Anpassung der Vergabekriterien gelingt ein großer Schritt zu mehr ökologischer und sozialer Gerechtigkeit und auch zur Verstetigung des Klimafonds – eine kontinuierliche Abrufbarkeit wird öffentlich bekannter werden, ist deutlich attraktiver und wird auch deutlich mehr genutzt werden als eine Verfügbarkeit nur wenige Wochen im Jahr nach dem Windhundprinzip.

Langfristig muss zusätzlich zu den genannten Maßnahmen auch eine Erhöhung des Budgets in Erwägung gezogen werden – dies ist jedoch Gegenstand kommender Haushaltsverhandlungen.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Juni und August

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende
Montag, 28. Juni 2022
16.00 bis 18.00 Uhr
Montag, 22. August 2022
10.00 bis 12.00 Uhr

Tel.: 0173 / 617 11 50

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender
Montag, 28. Juni 2022
13.00 bis 15.00 Uhr
Mittwoch, 03. August 2022
15.00 bis 17.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer
Montag, 20. Juni 2022
10.00 bis 16.00 Uhr
Donnerstag, 23. Juni 2022
10.00 bis 16.00 Uhr
Montag, 28. Juni 2022
10.00 bis 16.00 Uhr

Fraktionssitzung

20.06.
und 27.06. 2022
jeweils 18 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Mail
dielinke.stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Nächste SVV
07. September 2022
15.00 Uhr
in der MBS Arena

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg



FOTOS: KLARA SIMON

Kitarechtsform fortsetzen!

Wenn über 1000 Menschen mitten am Tag vor dem Landtag demonstrieren, dann hat das in der Regel gute Gründe. So wie am 18. Mai als DIE LINKE gemeinsam mit dem AWO Bezirksverband Potsdam e.V., der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, dem Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg und anderen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege für die überfällige Kitarechtsreform protestierte. Denn die hatte Ministerin Ernst (SPD) per Federstrich auf Eis gelegt.

Im Brandenburger Kitarecht besteht dringender Handlungsbedarf. Unklare Versorgungs- und Rechtsansprüche sowie intransparente Betriebskosten und Elternbeiträge haben in den vergangenen Jahren zu einer Vielzahl von Konflikten geführt, die häufig vor Gericht ausgetragen werden mussten. Eigentlich hatte das auch die Regierungskoalition aus SPD, CDU und Grünen erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag versprachen die drei Parteien eine grundlegende Überarbeitung. Doch genauso wie die ebenso versprochene Beitragsfreiheit ist dieses Reformvorhaben nun erstmal auf unbestimmte Zeit verschoben.

Damit es dabei nicht bleibt, stellte die Linksfraktion im Brandenburger Landtag einen Antrag, der die Landesregierung zur Fortführung der Kitarechtsreform auffordert. Der Antrag wurde nach einer ersten Debatte nun in die Ausschüsse überwiesen. Gemeinsam mit Kindern, Eltern, Beschäftigten und Trägern werden wir weiter Druck machen, damit die Reform doch noch umgesetzt wird.

Solidarisch, aktiv, mitbestimmend für alle Generationen

Die 28. Brandenburgische Seniorenwoche läuft seit dem 10.6. bis 27.6.2022

Erstmalig fand dieser traditionelle Infotag für Senioren nicht im Sterncenter, sondern vor und in der Stadtbibliothek (Am Kanal 47) und in Kooperation mit dieser statt.

An ca. 20 Infoständen, darunter einige zum Thema Wohnen im Alter (seniorengerecht und bezahlbar), konnten sich Senioren und andere Interessierte informieren, und nach der offiziellen Eröffnung durch Vertreter der Stadt und den Brandenburgischen Seniorenbeauftragten stellte sich der Potsdamer Seniorenbeirat den Besuchern vor. Gegen 12 Uhr stellten sich Vertreter der Gewoba (ProPotsdam), der Koordinierungsstelle Wohnungstausch und der Initiative „Hilfe für Wohnen“ des Studentenwerkes Potsdam vor und standen für Fragen zur Verfügung. Zu Beginn und am Nachmittag gab es eine musikalische Umrahmung.

Auch das traditionellen Abschlusskonzert am 27.6.22, 15 Uhr, im Nicolaisaal, ist wichtiger Bestandteil der Seniorenwoche, da wegen des speziellen Programms und des günstigen



Eintrittspreises (10€) sicher bei vielen Senioren Interesse an einem Besuch besteht. Kartenvorverkauf für das Abschlusskonzert im Nikolaisaal unter https://www.nikolaisaal.de/kalender/gesamtprogramm/alle-veranstaltungen/veranstaltung/abschlusskonzert-der-28-brandenburgischen-seniorenwoche-ein-bisschen-spass-muss-sein.html

Massenkündigung von Betreutem Wohnen – bedauerlicher Einzelfall oder absehbarer Trend?

Das Bündnis „Burgstraße bleibt!“ hatte herzlich eingeladen zum Online-Hintergrundgespräch „Massenkündigung von Betreutem Wohnen – bedauerlicher Einzelfall oder absehbarer Trend?“

Hintergrund: Etwa 100 Senior:innen wohnten in der Potsdamer Burgstraße 6a. Ende Oktober 2021 haben sie Mietvertragskündigungen erhalten. Nach dem Kündigungsschreiben des Vermieters sollten sie binnen Monaten aus der zentral in Potsdam, direkt an der Havel gelegenen Immobilie ausziehen. Aber rechtlich sind die Kündigungen unwirksam, und sie dienen wohl nur dazu, Druck auszuüben, um das Objekt leerzuziehen. Gegen diese Massenkündigung hochbetagter Bewohner:innen hat sich ein Bündnis aus Mieterverein Potsdam, Seniorenbeirat der Landeshauptstadt und Verbraucherzentrale Brandenburg gebildet. Gemeinsam stehen sie für den Verbleib von Betreutem Wohnen.

Rund ein halbes Jahr nach der Kündigungswelle in der Josephinen-Wohnanlage Potsdam gab das Bündnis „Burgstraße bleibt!“ einen aktuellen Zwischenstand zur Situation der Menschen in der Anlage für Betreutes Wohnen:

Wie viele Menschen leben aktuell noch vor Ort, wie ist deren Situation? Inwiefern haben die Bewohner:innen mit rechtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen? Wie kann die Immobilie zusätzlich dazu genutzt werden, z.B. älteren, aus der Ukraine geflüchteten Menschen ein Zuhause zu geben? Was unternimmt die Politik konkret, damit eine Massenkündigung von Betreutem Wohnen nicht wieder vorkommt?

Diese öffentliche Veranstaltung fand im Rahmen der 28. Brandenburgische Seniorenwoche unter dem Motto „Für ein lebenswertes Brandenburg – solidarisch, aktiv, mitbestimmend, für alle Generationen“ statt.

Lottenhof: Ohne engagierte Nachbar:innenschaft wäre hier nichts los



Das Stadteilnetzwerk und der Lottenhof sind in Potsdam West nicht mehr wegzudenken. Sie prägen die Atmosphäre im Kiez. Auf der Ecke Geschwister- Scholl- Straße/ Kastanienallee kommen die Menschen zum Gärtnern, Quatschen, Entspannen und Spielen zusammen oder um Kulturprogrammen zu lauschen. Doch das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern dem Engagement einiger beharrlicher, kreativer Nachbar:innen zu verdanken. Sie haben das Potenzial des Ortes erkannt und ihn gemeinsam gestaltet. Einst wurde das Grundstück der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten auf der Geschwister-Scholl-Straße 34 im Jahr 1970 als Gebäudekomplex der Ostmoderne erbaut und diente als Ausflugsgaststätte. Besonders charakteristisch ist die freitragende Deckenkonstruktion des großen Saals, die außen von zwei Pylonen aus Stahl getragen wird und von deren Typ der Lottenhof das letzte noch bestehende Exemplar ist. In den 90ern wurde das Gebäude als Disko „Charly“ genutzt, später als italienisches Restaurant, bis es ab 2004 wegen Leerstand immer mehr verfiel.

Nach knapp zehn Jahren ohne Nutzung oder Instandhaltung nahm die Nachbarschaft sich dem Ort an, die Stiftung unterstützte das Vorhaben und das Stadteilnetzwerk Potsdam West wurde Träger des Projekts. Seitdem sind auf der liebevoll gestalteten Scholle 34 ein Nachbarschaftsgarten, eine Boulebahn, ein Bücherschrank, ein Bauwagen mit Verpflegung, ein Freiluftkino und vieles mehr zu finden. Mittlerweile wurde auch der Name geändert zu „Lottenhof“. Er ist zu einem etablierten und liebgewonnenem Treffpunkt der Anwohner:innen und Gäste des Kiezes geworden. Dennoch ist eine Sanierung unumgänglich, um diesen Freiraum vollends nutzen zu können. Dazu wurden im Saal bereits Stützen aufgestellt, um die Dachkonstruktion zu sichern.

Im vergangenen Herbst konnte sich über die beinahe zwei Millionen Euro aus der Städtebauförderung und eine Million Euro der Stadt Potsdam gefreut werden, mit denen das Dach des früheren Restaurants saniert und der Lottenhof weiter zu einem Begegnungs- und Nachbarschaftszentrum ausgebaut wird. Anfang Mai wurde dann ein Beirat benannt, der die Sanierungsarbeiten begleitet. Ich habe die Ehre diesem für die Stadtverordnetenversammlung anzugehören. Der Beirat zum Sanierungsprojekt soll die Stimmen der Nachbar:innen einfangen und das Nutzungskonzept des Lottenhofs entwickeln. Mehr Infos zum Projekt gibt es unter: https://stadtteilnetzwerk.de

Isabelle Vandre (MdL)

Keine Produkte aus Zwangsarbeit in unsere Läden!

Helmut Scholz, handelspolitischer Sprecher von DIE LINKE im Europäischen Parlament, erklärt zur jüngsten Abstimmung des EP über ein neues Instrument für ein Verbot von Produkten aus Zwangsarbeit:

„Was haben ein Auto, ein T-Shirt, ein Computer und eine Banane gemeinsam? Sie alle dürften Spuren von Zwangsarbeit aufweisen. Das Leid der Menschen verbirgt sich in der Undurchsichtigkeit globaler Lieferketten.“

Scholz forderte in der Plenardebatte ein starkes Importverbot für solche Waren, eine solide Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen und den verbindlichen UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte. „Das Europaparlament hat mit 503 Ja-Stimmen bei nur 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen die EU Kommission aufgefordert, unverzüglich eine Gesetzesvorlage für ein Einfuhrverbot für Produkte aus Zwangsarbeit in den Gesetzgebungsprozess zu bringen.“

„Weltweit werden 25 Millionen Menschen dazu gezwungen, bestimmte Produkte und Waren herzustellen, viele dieser Güter werden auch in Europa verkauft. Wie lange schauen wir noch weg? Produkte moderner Sklaverei haben auf dem europäischen Markt nichts zu suchen! Europäische Unternehmen sollten nicht von Menschenrechtsverletzungen profitieren. Europäische Bürgerinnen und Bürger wollen bei ihrem Kauf die Sicherheit haben, dass niemand leiden musste, um dieses Produkt herzustellen.“

Helmut Scholz betont: „Unternehmen haben es versäumt, freiwillig die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Problem anzugehen. Lange setzte sich auch die EU-Kommission eher für den Schutz von Investitionen der Unternehmen ein, auch wenn diesen der Geruch des Profits aus Zwangsarbeit anhaftet. Jetzt ist es an der Zeit, ein strenges Importverbot zu verhängen.“

Abschließend sagt Helmut Scholz: „Ich fordere in diesem Zusammenhang die Einführung von drei Schlüsselinstrumenten: ein starkes Importverbot, eine solide Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen und den verbindlichen UN-Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte.“

DIE LINKE: Eine Partei mit Zukunft

*Rund 18 Prozent der Wähler:innen können sich grundsätzlich vorstellen DIE LINKE zu wählen. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das entspräche etwa 10,8 Millionen Wahlberechtigten, die sich vorstellen können, DIE LINKE zu wählen – und dies nicht nur in Städten und im urbanen Raum, sondern auch in kleineren Orten mit 5.000 bis 20.000 Einwohner*innen. Wir geben hier in gekürzter Form ein Interview mit dem Autor der Studie „Eine Partei mit Zukunft: DIE LINKE", Dr. Mario Candeias, wieder, welches Thomas Lohmeier führte. Das ganze Interview findet sich unter: https://gleft.de/4MM*



Potenzial hat DIE LINKE offenbar bei Menschen mit geringem Einkommen. In der Partei wird oft die These vertreten, dass diese Menschen uns nicht mehr wählen, weil wir zu ökologisch, zu solidarisch mit Geflüchteten sind oder den Genderstern benutzen. Bestärkt die Studie diese These?

Ganz im Gegenteil: Ihr höchstes Potenzial mit 22 Prozent hat die LINKE weiter bei Haushalten mit einem niedrigen Einkommen bis 1500 € monatlich und bei einem Einkommen bis 2500 € liegt es sogar bei bis zu 24 Prozent. Ausschlaggebend für die mögliche Wahl der LINKEN ist in ihrem Potenzial vor allem und nach wie vor ihr „hohes soziales Engagement" und ihr Einsatz für „soziale Gerechtigkeit". Maßnahmen zur Verringerung von Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland betrachten potenzielle Wähler*innen der LINKEN - quer durch alle Einkommens- und Altersklassen - auffällig häufig als eher wichtig oder sehr wichtig. Für die Befragten sind konkrete soziale Forderungen wie die Beseitigung des Pflegenotstandes, die Senkung der Mieten oder die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs von besonderem Interesse. Bei Geringverdiener*innen ist auch eine „garantierte Mindestsicherung" von 1200 Euro – Forderungen, die in der Programmatik der Partei eine starke Rolle spielen, wichtig. Übrigens, fast ebenso wichtig wie die Verringerung der Ungleichheit sind potenziellen Wähler*innen der LINKEN konkrete Maßnahmen zum Schutz des Klimas, noch vor allen anderen Maßnahmen.

„Mehr Sozialismus wagen" und „Ungleichheit verringern" sind zentrale Aussagen der Studie. Spricht das nicht dafür, dass DIE LINKE sich stärker als Partei der Gerechtigkeit und Gleichheit definieren muss, statt Soziales und Ökologisches gleichberechtigt nebeneinander zu stellen?

Ist das ein Gegensatz?

Einige behaupten das

Die Studie zeigt aber: Eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Befragten im Potenzial der LINKEN befürwortet entsprechend, dass die Partei Beschäftigung bzw. gute Arbeit und Klimaschutz gleichrangig voranbringen sollte. Am stärksten werden solche sozial-ökologischen Forderungen erneut von Geringverdienern mit einem Haushaltseinkommen bis 1500 € im Monat befürwortet. Vorneweg nennen sie den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, seine entgeltfreie Nutzung, ein Programm zur Schaffung von einer Million klimaneutralen und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Sie unterstützen auch die Forderung Strom für Vielverbrauer*innen zu verteuern und für Geringverbraucher*innen zu senken. Selbst bei kleineren Siedlungsgrößen sehen wir überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte für sozial-ökologische Maßnahmen - besonders beim Ausbau des ÖPNV, beim entgeltfreiem ÖPNV und beim Tempolimit. Das Interview wurde am 08. Mai vor dem 2:1 Sieg von Nulldrei geführt. Die ungekürzte Fassung können Sie auf www.dielinke-potsdam.de nachlesen.



Einführung Mindestlohn: Na, vielen Dank auch!

Die geplante Mindestlohnerhöhung kommt längst nicht allen zugute. Ab dem 1. Oktober 2022 tritt die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro in Kraft. Das ist erstmal etwas Positives. Doch die Liste der Ausnahmen ist lang. Auszubildene unabhängig vom Alter, Jugendliche unter 18 Jahren, Praktikant:innen in Pflichtpraktika und Langzeitarbeitslose bleiben weiterhin vom Mindestlohn ausgeschlossen.

So erhält eine Auszubildende im öffentlichen Dienst (TVAöD) Stand 2022 im ersten Lehrjahr 1068,26 Euro. Daraus ergibt sich ein Bruttostundenlohn von 6,68 Euro, also etwa die Hälfte des Mindestlohnes. Bei Auszubildenden in Handwerksberufen sieht es noch düsterer aus. Ein Bäckerlehrling erhält in Brandenburg im ersten Lehrjahr durchschnittlich 680 Euro. Der Bruttostundenlohn liegt hier bei 4,25 Euro. Wundert es irgendwen, dass nur die Wenigsten eine Ausbildung überhaupt in Betracht ziehen?

Was Azubis in diesen Tagen einmal mehr bewusst wird: wir reihen uns ein in die lange Liste der Vergessenen der Ampel-Koalition, den Gewerkschaften scheinen wir egal zu sein. Das muss sich ändern. Wenn die Bundesregierung nicht gewillt ist, tätig zu werden, müssen auch die DGB-Gewerkschaften an ihre eigene Zukunft denken und auch über die Tarifverhandlungen hinaus für Auszubildende kämpfen und endlich vernünftige Arbeitsbedingungen mit fairer Bezahlung schaffen. Es handelt sich schließlich nicht um reine Lernverhältnisse – wir verkaufen unsere Arbeitskraft. Zu einem viel zu niedrigen Preis.

Tobias Woelki

Die Sommerferien im Treffpunkt Freizeit

Treffpunkt Freizeit hat sein Programm für die Sommerferien bekanntgegeben. Ob Stempel- oder Filmworkshop, Bildhauer- oder Ferientheaterwerkstatt, Roboter konstruieren, Nähen, Tanzen oder Upcycling in der Nähwerkstatt - wie immer ist für jeden etwas dabei. Eine Anmeldung ist ab sofort möglich.

Ferienprogramm Sommerferien 2022 (Auszug: weitere Termine unter www.treffpunktfreizeit.de)



ferienKREATIV: Mediensommer 2021 Kopfkino - Filmworkshops 11.-15.07.2022, 09.00-15.00 Uhr; für Kinder ab 10 Jahren
Anmeldung bis 03.07.2022 an: anmeldung@treffpunktfreizeit.de

ferienKREATIV: Bildhauerwerkstatt - Skulpturen aus weißem Stein; 11.-15.07.2022, 09.00-15.00 Uhr, für Kinder von 8 bis 15 Jahren Anmeldung bis 03.07.2022 an: anmeldung@treffpunktfreizeit.de

ferienTECHNIK: Roboter konstruieren 18.-22.07.2022, 10.00-15.00 Uhr für Kinder und Jugendliche 10-14 Jahre; Anmeldung bis 03.07.2022 an: anmeldung@treffpunktfreizeit.de

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++

Modellprojekt: Erste ViP-Haltestelle mit rauchfreier Wartehalle

Die Haltestelle Magnus-Zeller-Platz wurde am 30. Mai 2022 als erste Haltestelle im Netz der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH modelhaft mit separaten Raucherbereichen gekennzeichnet, um im Wartebereich einen rauchfreien Bereich für die Fahrgäste zu schaffen. Dabei handelt es sich um die Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses 21/SVV/0308, „Rauchfreie Haltestellen im ÖPNV“. Gekennzeichnet werden die Raucherbereiche mit gelben beschrifteten Stelen. Außerdem werden Aschenbecher an den Zu- und Abgängen zur Haltestelle installiert. Insgesamt haben die Landeshauptstadt Potsdam und die ViP für das Modellprojekt zehn Haltestellen ausgewählt:Neben dem Magnus-Zeller-Platz (Tram und Bus) werden Platz d. Einheit (West und Bildungsforum, Tram), Campus Jungfernsee (Tram und Bus), S Babelsberg/Schulstr. (Bus, stadtauswärts), Johannes-Kepler-Platz (Tram), Holzmarktstraße (Tram), Waldstr./Horstweg (Tram), Fontanestr. (Tram, Einstieg), Kirschallee (Tram und Bus) sowie Hans-Albers-Str. (Tram) zu „rauchfreien Haltestellen“.

Der Juni im Filmmuseum

Im Juni ist das Jüdische Filmfestival im Filmmuseum zu Gast. Neben den Wettbewerben um den besten Spiel- und Dokumentarfilm würdigt eine Hommage die Regisseurin Jeanine Meerapfel. Zu den Vorführungen finden Einführungen und Gespräche mit Gästen statt. Zur Auftaktveranstaltung des Literaturfestivals LIT:potsdam am 26.6. ist Friedenspreisträgerin Tsitsi Dangarembga zu einer Lesung mit Gespräch eingeladen und zum DEFA-Tag sind die Kostümbildnerin Christiane Dorst, der Filmemacher und Filmhistoriker Günter Jordan sowie der Regisseur Rainer Simon zu Gast.

Das Vizemeistershirt ist da

Die Volleyballerinnen vom SC Potsdam ist zum ersten Mal seit Bundesliga-Zugehörigkeit Deutscher Vizemeisterinnen. Für alle Fans, die diesen besonderen Momentauch in der Garderobe verewigen wollen, gibt es jetzt das passende „Vizemeistershirt“. Es ist limitiert und in drei unterschiedlichen Designs mit dem Schriftzug „Deutscher Vizemeister – Winner Of Hearts – SC Potsdam 2022“ mit einem stylischen Volleyball und den Signaturen des kompletten Teams erhältlich.

Familienfrühstück am See

Auf der Seewiese im Treffpunkt Freizeit können sich Familien am 23. Juni bei einem gedeckten Tisch kennenlernen, neue Kontakte knüpfen und sich über Fragen zu Kindererziehung und Familienalltag austauschen. Für konkrete Hilfe und Unterstützung in der Familie oder bei finanziellen Belastungen beraten erfahrene Fachkräfte vor Ort. Eintritt frei. Nur mit Voranmeldung: [anmeldung@treffpunktfreizeit.de]

Sommerferiencamp bei Turbine

Vom 11. – 14. Juli 2022 veranstaltet Turbine Potsdam am Luftschiffhafen ein Sommerferiencamp für junge Mädels zwischen 9 und 14 Jahren. Die Kosten betragen 129€ für Mitglieder und 149€ für Nicht-Mitglieder. Dafür gibt es zu Beginn des Camps einen Willkommensbeutel mit Trikot, Hosen, Stutzen, Trinkflasche und einem Ball und die Talente werden während der vier Tage von morgens bis nachmittags nicht nur sportlich betreut, sondern auch mit leckerem Essen und Trinken verpflegt.

Übungsleiter/-in im Kindersport gesucht

Für die Eltern-Kind-Sportgruppen (ab 2,5 Jahre) und Kindersportgruppen (4 bis 6 Jahre) im Breitensport sucht der SC Potsdam neue Überleiter:innen - gern mit Vorerfahrungen im Turnen oder Kinderturnen und Freude am Sport. Voraussetzung ist natürlich Geschicklichkeit im Umgang mit Kindern. Fragen? Interessenten melden sich bei Christian Gerber unter [breitensport@sc-potsdam.de].

++Termine ++ Termine++

18.06, 10-15.30h: Gesamtmitgliederversammlung, Leonardo-Da-Vinci-Gesamtschule, Esplanade 3, 14469 Potsdam

25.-26.06: Bundesparteitag in Erfurt. Die 1. Tagung des 8. Parteitages findet von Freitag, dem 24. Juni, 12 Uhr bis Sonntag, dem 26. Juni 2022, 15 Uhr statt.

Livestream unter: die-linke.de

25.06. 14-18h: Mit Theater die Welt verändern: Workshop zum Theater der Unterdrückten mit Bianca Barreto aus Brasilien (mit Voranmeldung info@bbg-rls.de), Seminarraum freiLand, Friedrich-Engels-Str. 22, 14473 Potsdam

29.06. 18.30h: feministischer Frauenstammtisch „Wir müssen reden“, rotbloq, Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.

06.07. 18 Uhr Klimakiller Baubranche: Podiumsdiskussion mit Dr. Daniel Fuhrhop(Ökonom), Autor von „Verbietet das Bauen“, Andreas Rieger, (Präsident der Brandenburger Architektenkammer) und Isabelle Vandre (wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Brandenburger Landtag), vor dem Staudenhof

20.07. Roter Stammtisch, ab 19 Uhr im rotbloq, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam

25.-28.08. BILDUNGSREISE NACH WARSCHAU (RLS/Büro Warschau, RLS Sachsen-Anhalt & RLS Brandenburg) unter Telefon 0331 – 817 04 32 oder per E-Mail an info@bbg-rls.de